

DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT

Marktplatz 4
FON 06142/1624998
MAIL Fraktion@liste-solidaritaet.de
INTERNET www.linke-liste-solidaritaet.de
Fraktionsvorsitzender
K.-H. Schneckenberger
Rathausstr.4
FON 06142/33182

Rüsselsheim, den 1.2.2018

An das
Büro des Stadtverordnetenvorstehers
z.H. Fr. Breunig

Antrag

Verantwortlichkeit für innerstädtische Baumpflege

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Verantwortlichkeit für die innerstädtische Baumpflege, das Fällen von Bäumen und die Neupflanzung von Bäumen vom Städteservice wieder an den Fachbereich Planen und Umwelt zu übertragen.

Sollen Bäume gefällt werden, muss der Magistrat, der Naturschutzbeirat und die Ortsbeiräte damit befasst werden.

Begründung:

Zurzeit liegt die Verantwortung für die städtische Baumpflege, Baumfällungen und Neupflanzungen in den Händen des Städteservices. Dies führte in der Vergangenheit zu unsachgemäßer Pflege und zu unnötigen, übereilten Baumfällungen. Ersatzpflanzungen die die Rüsselsheimer Baumschutzsatzung für privat Eigentümer vorschreibt und die analog auch von der Stadtverwaltung anzuwenden ist, wurden oftmals nicht vorgenommen.

Trotz mehrerer Anmahnungen, wurden die Ortsbeiräte von geplanten Baumfällungen nicht in Kenntnis gesetzt oder einbezogen.

Wir gehen davon aus, dass mit dem Beschluss des Antrags, ein sensiblerer Umgang mit innerstädtischem Grün erreicht wird.

DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT



K.-H. Schneckenberger

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65424 Rüsselsheim

Fraktion der CDU
in der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Michael Ohlert
Fraktionsvorsitzender
Rathaus / Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim
Telefon: 06142/61717

Geschäftsführer:
Matthias Metz
matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de

fraktion@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim, 08.05.2018

Teilnahme an der Sicherheitsinitiative KOMPASS des Landes Hessen

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport in Kontakt zu treten, um die Möglichkeiten zur Etablierung der Sicherheitsinitiative „KOMPASS“ (KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel) zu überprüfen.
2. Hieraus resultierende Ergebnisse wie die Möglichkeit der Programmteilnahme, den Ablauf, die beteiligte Akteure sowie Kosten und Aufwand sollen den zuständigen Gremien zeitnah zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Begründung:

Die Sicherheitsinitiative „KOMPASS“ – KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel – der Hessischen Landesregierung ermöglicht es Kommunen, mit Hilfe des Landes passgenaue Sicherheitskonzepte unter aktiver Beteiligung der Sicherheitspartner Kommune, Polizei, Bürgerschaft und weiterer gesellschaftlicher Organisationen und Verbände zu erarbeiten und umzusetzen.

Die Schaffung und Erhaltung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum sind primäre Aufgaben der staatlichen Gewalt. Dies gilt nicht nur für die Bundes- und die Landesebene, sondern muss auch aktiv von kommunaler Seite angegangen werden. Ziel muss es sein, einer durch verschiedene Bedrohungsszenarien ausgelösten Verunsicherung der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Gewalt und Kriminalität müssen durch eine konsequente Sicherheitsinitiative auch auf kommunaler Ebene bekämpft werden, um das Sicherheitsempfinden der Menschen zu stärken.

Kommunen, die sich unter Anleitung der bei den hessischen Polizeipräsidenten angesiedelten „KOMPASS“-Spezialisten diesem Programm anschließen und Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum umsetzen, erhalten das entsprechende Siegel und sorgen aktiv für die Sicherheit der Bürger vor Ort.

Durch die gezielte Analyse von Problemen und Schwerpunkten vor Ort lassen sich auf der Grundlage einer fundierten Betrachtung Projekte entwickeln, die insbesondere auch im Bereich der Prävention und der Beseitigung von Angstpotentialen das Sicherheitsgefühl der Bürger aktiv stärken.

Modellhafte Maßnahmen im Rahmen von „KOMPASS“ sind beispielsweise die Projekte des „Schutzmanns vor Ort“, Sicherheitsberatung für Jugendliche und Senioren, städtebauliche Kriminalprävention mit dem Gütesiegel „Sicher Wohnen“, Maßnahmen der Verkehrserziehung, Extremismusprävention, Aufklärungsprogramme wie „HaLT“ oder auch Cybercrimefachberatung.



Michael Ohlert
CDU Fraktion